

**Report Mainz vom
7. Januar 2002**



der RTF-Datei
(ca. 28 KB).



[Ihre
Meinung](#)

Verstrahlte Bundeswehrsoldaten - wo bleibt Scharpings Entschädigung?



Moderation Bernhard Nellessen:

Vor etwa einem Jahr haben wir in REPORT MAINZ über Strahlenschäden bei früheren Soldaten und Zivilangestellten der Bundeswehr berichtet. An unterschiedlichen Waffensystemen waren sie ohne ihr Wissen und ohne entsprechenden Schutz jahrelang starker Strahlung ausgesetzt.

Viele wurden schwer krank, etwa 200 sind bereits gestorben. Verteidigungsminister Scharping versprach nach unserem Bericht schnelle, unbürokratische Hilfe und setzte dafür eigens einen Radarbeauftragten ein. Die Bilanz ist verheerend: Von über 1.400 Antragstellern erhalten inzwischen ganze 5 eine Entschädigung. Zeit für ein Interview hatte Rudolf Scharping leider nicht. Adrian Peter mit der bitteren Chronik dieses Skandals.

Bericht:

Seine Diagnose: Blutkrebs, Leukämie. Sein Arbeitgeber: die deutsche Bundeswehr. Jahrzehntlang hat der Elektrotechniker Josef Schlinger an Radaranlagen gearbeitet. Heute ist er unheilbar krank. Über sein Schicksal hatte REPORT MAINZ bereits vor einem Jahr berichtet.

Josef Schlingers ehemaliger Arbeitsplatz: ein unterirdischer Bunker der Luftwaffe im bayrischen Landsberg. Hier wurden seit den 60er Jahren die Radaranlagen der Starfighter-Kampfflugzeuge instand gesetzt. Wie gefährlich die Arbeit war, war bereits damals bekannt. Die Arbeiter waren Hochfrequenzstrahlung, Röntgenstrahlung und radioaktiver Strahlung ausgesetzt.



O-Ton Josef Schlinger, Strahlenopfer:

»Es ist ja auch von oben hin angeordnet worden, dass jährlich die Leute, die als Radarpersonal, arbeiten, dass die auch untersucht werden medizinisch. Das ist nie gemacht worden.«

Sommer 2001: Zum wiederholten Mal verspricht Verteidigungsminister Scharping den Opfern unbürokratische Hilfe. An den skandalösen Sicherheitsbedingungen, unter denen viele Radartechniker gearbeitet haben, gibt es längst keine Zweifel mehr.



O-Ton, Rudolf Scharping, SPD, Bundesverteidigungsminister, 19.07.2001:

»Wir werden so schnell wie möglich und so streitfrei wie möglich und so großzügig wie möglich, versuchen Betroffenen zu helfen.«

Die Witwe Maria Becht wartet auf diese Hilfe seit Jahren. Ihr Mann war zwischen 1958 und 1964 Radartechniker in Kaufbeuren. Ein Soldat aus Überzeugung: 1980 starb er an Krebs.



O-Ton, Maria Becht, Strahlenopferwitwe:

»Ein Mensch, der gerade 40 wird, der ein Kind hat, das gerade erst 3 Jahre alt geworden ist, und dann sterben muss, da ist Sterben ganz besonders schwer, ganz besonders schwer. Und auch für diejenigen, die zurückbleiben, ist es keine leichte Angelegenheit.«

Vor 3 Jahren hat Maria Becht einen Antrag auf Anerkennung einer Wehrdienstbeschädigung gestellt. Seit dem wartet die Witwe auf eine Entscheidung der Bundeswehr.

O-Ton, Rudolf Scharping, SPD, Bundesverteidigungsminister, 19.07.2001:

»Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe, so schnell wie möglich, so großherzig, so großzügig, wie möglich und so streitfrei wie möglich.«

Um die Verfahren zu beschleunigen hat Scharping eigens einen Radarbeauftragten eingesetzt. Er sollte für eine Bündelung der Verfahren sorgen, mit denen sich noch immer eine Vielzahl von Behörden auseinandersetzt. Außerdem untersucht seit Sommer eine Kommission die Arbeitsplatzverhältnisse an den Radargeräten, in den 60er und 70er Jahren. Ziel: Bis zum Ende vergangenen Jahres sollte ein Großteil der Fälle entschieden sein. Kurz vor Weihnachten dann, legt der Radarbeauftragte Ulrich Birkenheyer eine erste Zwischenbilanz vor.



O-Ton, Ulrich Birkenheyer, Radarbeauftragter :

»Wir haben bisher von den 1.486 Anträgen, die aus dem Bereich der Bundeswehr vorliegen, über 200 Anträge abgeschlossen. Ein Teil davon lag in der Entscheidungszuständigkeit der Bundeswehr, 138 genau. Davon haben wir 133 negativ entscheiden müssen, 5 Anträge wurden positiv entschieden.«



O-Ton, Bernhard Gertz, Vorsitzender Bundeswehrverband:

»Ich finde das eine ausgesprochen beschämende Zwischenbilanz, gemessen an den deutlichen Worten, die Bundesminister Scharping Anfang des Jahres und Mitte des Jahres zu dem Thema gesprochen hat. Er hat von schnellen und unbürokratischen Lösungen gesprochen, ich kann nichts davon erkennen, zumal von den 5 entschiedenen Fällen, 4 eigentlich schon lange entschieden gewesen sind.«

Frage: Wie deckt sich das mit dem Versprechen einer großzügigen Lösung?

O-Ton, Ulrich Birkenheyer, Radarbeauftragter :

»Wir gehen bei der Sachverhaltsermittlung sehr großzügig vor, das heißt, wir legen Werte zugrunde, was die Strahlenbelastung anbetrifft, die Maximalwerte sind, die jemals bekannt geworden sind.«

Großzügige Sachverhaltsermittlung: Bisher hat die Kommission nur Entscheidungen für das Radar des Flugabwehrsystems Hawk getroffen. Die Bundeswehr ging dabei von einer Strahlenbelastung von 24 Millirem pro Stunde aus. Der angeblich höchste je gemessene Wert. Merkwürdig: REPORT MAINZ liegt ein militärisches Informationsblatt der Nato aus dem Jahre 1978 vor. Darin wird vor der Röntgenstrahlung der Hawk gewarnt.



Belastung, bis zu 60 Millirem pro Stunde, also mehr als doppelt soviel, wie die 24 Millirem, von denen das Verteidigungsministerium ausgeht. Und die Amerikaner haben sogar in deutlich größerer Entfernung gemessen. Wir führen Peter Rasch die Aussagen des Radarbeauftragten vor. Peter Rasch, selbst Strahlenopfer, hat den Bund der Radargeschädigten ins Leben gerufen. Bis zuletzt hat er mit dem Verteidigungsministerium zusammengearbeitet, hat an ein faires Verfahren geglaubt.



O-Ton, Peter Rasch, Bund zur Unterstützung Radargeschädigter:

»Und das war auch die Basis, dass wir gesagt haben, wir tun alles, um daran mitzuarbeiten. Heute, ich habe das Herrn Birkenheyer auch geschrieben, für uns ist der Dialog

am Ende, weil ich betrachte das jetzt so, man will nur aushorchen was wir denn wissen, und dann kann man sagen, so: Was die noch nicht wissen, brauchen wir nicht zugeben. Und das ist die ganz alte Masche, die wir kennen, und da machen wir nicht mehr mit.«

Frage: Welche Konsequenzen sollte der Minister ziehen?

O-Ton, Bernhard Gertz, Vorsitzender Bundeswehrverband:

»Ja, wenn er sieht, dass sein Sonderbeauftragter-Radarstrahlen nicht richtig funktioniert, dann ist die notwendige Konsequenz, man wechselt ihn aus.«

O-Ton, Rudolf Scharping, Bundesverteidigungsminister, 19.07.2001:

»...großzügig wie möglich, so schnell wie möglich und so streitfrei wie möglich. Daran wird sich nichts ändern.«

Josef Schlinger wartet seit 1999 darauf, dass ihm eine bescheidene Zusatzrente zugesprochen wird. Sechs verschiedene Gutachter wurden bereits beauftragt, untersucht hat ihn bisher noch keiner.

O-Ton, Josef Schlinger, Strahlenopfer:

»Merkwürdig ist das, entweder kann er mich begutachten oder kann er mich nicht begutachten, das ist doch eine einfache Sache. Und dass das noch Jahre gehen soll nur mit der Begutachtung, das kann ja wohl nicht das Richtige sein.«

O-Ton, Maria Becht, Strahlenopferwitwe:

»Letzter Stand der Dinge ist ein Schreiben, was ich aus dritter Hand wiederum bekommen habe, also noch nicht mal direkt, dass man noch recherchiert und die Gesundheitsakten momentan irgendwo jetzt wieder bei der Bundeswehr sind, nachdem sie vorher zum Versorgungsamt hätten kommen sollen. Man weiß eigentlich gar nicht genau, wer zuständig ist.«

O-Ton, Josef Schlinger, Strahlenopfer:

»Ich sehe ja vieles ein, dass man das hinauszögern will, aber das, was da läuft, ist für mich unbegreifbar. Das ist ja eindeutig daraufhin gearbeitet, dass die Leute vorher wegsterben. Mehr kann ich da auch nicht sagen. Und gerade bei Krebserkrankungen, man weiß ja nicht wie schnell das gehen kann. Je schneller es geht, desto besser ist es scheinbar für die. Das kann man gar nicht beschreiben, wie man sich da fühlt, wenn man so an die Wand gefahren wird.«

O-Ton, Bernhard Gertz, Vorsitzender Bundeswehrverband:

»Und deswegen brauchen wir etwas anderes. Wir brauchen ein Strahlenopferentschädigungsgesetz mit einer vollständigen Beweislastumkehr, das den Bundesminister der Verteidigung verpflichtet, sich selbst frei zu beweisen. Und dann, wenn dieser Beweis nicht gelingt, eine Entschädigung auslöst.«

Scharpings Weg ist offensichtlich gescheitert, zumindest aus Sicht der Radaropfer. Aus schnell, großzügig und streitfrei, ist für sie längst etwas anderes geworden.

O-Ton, Peter Rasch, Bund zur Unterstützung Radargeschädigter:

»Bitterness, Wut, teilweise Resignation.«

Adressen/Links:

Bund zur Unterstützung Radargeschädigter e.V.
Kollwitzstr. 15
63322 Rödermark
Tel.: 06074/893521

Deutscher Bundeswehr Verband:
Internet: www.vdrbw.de
Abteilung Verbandspolitik und Recht
Referat VR-6/Rechtsschutz
Hans-Joachim Ahnert, Rechtsanwalt
Bundesgeschäftsstelle: Südstraße 123, 53175 Bonn
Tel.: 0228/3823-0
Fax: 0228/3823-230
E-Mail: ahnert@dbwv.de

Bundesministerium der Verteidigung:
Internet: www.bundeswehr.de
Tel.: 0228/12-00
Fax: 0228/12-5357
E-Mail: poststelle@bmvjg.bund.400.de

Moderation:
Bernhard Nellessen

Bericht:
Adrian Peter

Kamera:
Ulrich Mühl
Peter Wald

Schnitt:
Zsusza Ronai



[A-Z](#) | [Suche](#) | [E-Mail](#) | [Adressen](#) | [Impressum](#)

© SWR 2002